

Mit einer App verfolgen die chinesischen Behörden die Menschen in Xinjiang auf Schritt und Tritt

Ein neuer Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zeigt, bis in welche Details die Bevölkerung von Xinjiang überwacht wird. Mithilfe eines ausgeklügelten Programms haben die chinesischen Sicherheitsbehörden die Vision Orwells Realität werden lassen.

Patrick Zoll 4.5.2019, 10:00 Uhr

Überwachungskameras mit Gesichtserkennung an jeder Strassenecke, Checkpoints an wichtigen Plätzen und Überlandstrassen, alle paar hundert Meter ein Polizeiposten und Beamte, die bei der Bevölkerung zu Hause einquartiert werden – zu welch radikalen Methoden Chinas Regierung greift, um die muslimische Bevölkerung der Provinz Xinjiang zu kontrollieren, ist schon länger bekannt. Nun zeigt ein [Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch](#) (HRW), wie die Sicherheitsbehörden Informationen über die Bewohner der Region sammeln und verwenden.

Nur das eigene Auto auftanken

Kern des Systems ist die Integrated Joint Operations Platform (IJOP), wo alle Informationen zusammenlaufen. Polizisten haben mit einer Handy-App Zugang dazu – und erhalten von dem Programm Aufträge, wen sie überprüfen und wozu befragen sollen. HRW hat Zugriff auf den Code dieser App erhalten und liess diesen von Spezialisten analysieren. Das System merkt etwa, wenn jemand länger von seinem Wohnort abwesend ist, und alarmiert die Polizeibeamten. Diese suchen dann Angehörige und Bekannte der Person auf, um Nachforschungen zu betreiben.



Grafik: lea

Die App hilft den Beamten bei der Befragung mit vorgegebenen Optionen, die sie anklicken können. Daraus lassen sich weitere «verdächtige» Verhaltensweisen ableiten. Dazu gehört beispielsweise, wenn jemand «keinen sozialen Kontakt zu seinen Nachbarn» hat oder es «oft vermeidet, die Vordertür seines Hauses zu benutzen». Auch dann forscht die Polizei nach.

Die zahlreichen Daten zu jeder Person können aggregiert werden, weil jeder Bürger, jede Bürgerin Chinas eine Identitätskarte hat, ohne die man im Alltag nicht auskommt. So müssen Chinesen diese Karte vorweisen, wenn sie ein Zugsbillett kaufen wollen. Auch beim Besuch des Tiananmen-Platzes in Peking wird die Karte gescannt. Wie weit diese Daten aggregiert und verwendet werden, ist unklar.

Eingeschränkte Bewegungsfreiheit

In Xinjiang kommt jedoch alles in die IJOP-Datenbank. In dieser Region benötigt man die Identitätskarte zum Beispiel auch, um zu tanken. So merkt das System, wenn jemand Benzin in ein Auto füllt, das einer anderen Person gehört. Überwachungskameras an der Tankstelle gleichen automatisch die Autonummer mit dem Fahrzeugregister ab. Wer ein fremdes Auto ausleiht, macht sich also verdächtig.

Das System erhält auch Daten von Checkpoints und Kontrollstellen an neuralgischen Orten, etwa Schulen oder Wohnquartieren. So könne die Bewegung von Personen genau kontrolliert werden, schreibt HRW: «Die individuelle Bewegungsfreiheit wird unterschiedlich stark eingeschränkt: Gewisse Personen werden in Gefängnissen und Umerziehungslager gehalten, andere stehen unter Hausarrest. Wieder andere dürfen ihre engere Umgebung nicht verlassen oder gewisse öffentliche Orte nicht betreten oder nicht aus China ausreisen.»

Laut dem Bericht sind noch viele Fragen offen zum Überwachungssystem in Xinjiang. Die Organisation konnte zwar die App analysieren, die Polizisten verwenden, hatte aber keinen Zugriff auf das System selber. So sei es etwa unklar, wie weit Algorithmen verwendet würden, um die riesigen Mengen an persönlichen Daten zu durchforsten. Denn gesammelt wird enorm viel: neben Namen, Adresse und ID auch Kontaktdaten, Blutgruppe und biometrische Daten sowie den politischen und religiösen «Status». Gespeichert wird auch, ob und wie lange jemand im Ausland oder ausserhalb Xinjiangs war. Dazu kommt alles, was irgendwelchen Sicherheitskräften aufgefallen ist.

Behörden verfolgen 36 «Personentypen»

Der Bericht gibt Anhaltspunkte darüber, warum in Xinjiang mehr als eine Million Menschen, vor allem Uiguren und Angehörige anderer Minderheiten muslimischen Glaubens, in Umerziehungslager eingesperrt werden. [Als die Existenz solcher Lager vergangenes Jahr bekannt wurde, leugnete Peking sie zunächst](#), heute bezeichnet die kommunistische Propaganda die Orte als «Berufsbildungszentren».

Bisher war unklar, wer ins Lager kommt und wer nicht. Die App führt nun 36 «Personentypen» auf, denen die Behörden besondere Aufmerksamkeit widmen. Dazu gehören nicht nur entlassene Sträflinge oder Personen mit Verbindungen zum Wahhabismus. Auffällig ist auch, wer aus dem Ausland zurückgekehrt ist, wer mehr Kinder hat als erlaubt, wer schweissen kann oder ungewöhnlich viel Strom verbraucht.

Ein Handy ist verdächtig – kein Handy auch

Jederzeit können die Behörden Mobiltelefone durchsuchen. Offenbar gibt es an gewissen Checkpoints sogar Einrichtungen, die das automatisch machen. Die Behörden suchen gezielt nach Applikationen, die schwer überwacht werden können: Wer Whatsapp installiert hat, macht sich ebenso verdächtig wie jemand, der eine Anwendung hat, mit der die chinesische Internetzensur umgangen werden kann.

Augenzeugen berichteten HRW von Angehörigen, die in einem Umerziehungslager verschwanden, weil auf ihrem Handy Whatsapp entdeckt worden war. Doch selbst wer auf einmal aufhört, sein Smartphone zu benutzen, kommt ins Visier der Behörden. Das System bemerkt dies und alarmiert einen Polizisten, der nachforscht.

Experten vermuten, dass Xinjiang ein Versuchslabor für den chinesischen Überwachungsstaat ist und die Behörden die dort erprobten Massnahmen später landesweit einsetzen wollen. In der extremen Form wie in Xinjiang dürfte dies allerdings kaum möglich sein. HRW schreibt, dass das System extrem arbeitsintensiv sei und enorme Ressourcen benötige. Die Organisation vermutet daher, dass künftig Daten vermehrt automatisiert gesammelt werden sollen.

Sie können dem NZZ-Asienredaktor Patrick Zoll auf [Twitter](#) oder [Facebook](#) folgen.

INTERVIEW

Totale Überwachung in China: «Jeder weiss, er kann jederzeit im Umerziehungslager landen»

China hat eine Million Menschen in der Provinz Xinjiang in Umerziehungslager gesteckt. Der Sozialwissenschaftler Adrian Zenz erklärt, wie das System aufgebaut ist und wie er dessen Existenz trotz anfänglichem Leugnen der chinesischen Behörden nachweisen konnte.

Patrick Zoll / 28.2.2019, 15:53



Die Heirat mit einem Pakistaner führt für Uigurinnen in China ins Umerziehungslager

Uigurische Frauen, die mit einem Pakistaner verheiratet sind, stehen in der chinesischen Provinz Xinjiang unter Extremismusverdacht. Darum verschwinden sie in Umerziehungslager. Ihre Männer, zuvor erfolgreiche Geschäftsleute in Xinjiang, sind wirtschaftlich und persönlich am Anschlag.

Marco Kauffmann Bossart, Rawalpindi / 12.2.2019, 06:00



China schafft den gläsernen Uiguren

In Xinjiang kontrollieren die Sicherheitsbehörden die uigurische Minderheit auf Schritt und Tritt. Sie setzen zunehmend auf künstliche Intelligenz und andere Technologien. Was heute in Xinjiang zum Einsatz kommt, könnte bald auch die Rechte der Bevölkerung in ganz China weiter einschränken.

Matthias Müller, Kashgar / 7.11.2018, 06:00

